

Erst in zwei Jahren höhere Zulagen

Familienzulagen Fast 1,5 Millionen Stimmbürger stimmen für schweizweit einheitliche Mindestansätze

Die Schweiz erhält einheitliche Mindestansätze für die Familienzulagen. Die Kantone müssen ihre Gesetze anpassen.

KAREN SCHÄRER

68 Prozent der Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sagen Ja zum Familienzulagengesetz. Das bedeutet Zustimmung zum Bundesgesetz in 25 Kantonen. Die Ausnahme bildet der Kanton Appenzell Innerrhoden, wo die Mehrheit der Stimmberechtigten das Gesetz ablehnte (54,5 Prozent Nein-Stimmen). Innenminister Pascal Couchepin zeigte sich vor den Medien in Bern sehr zufrieden.

Das Bundesgesetz über die Familienzulagen, das Kinderzulagen von mindestens 200 (bis 16 Jahre) und Ausbildungszulagen von mindestens 250 Franken (bis 25 Jahre) monatlich vorsieht, soll Anfang 2009 in Kraft treten. Doch die Abstimmungssieger drängen: Hugo Fasel, Freiburger CSP-Nationalrat und Direktor der Travail Suisse, forderte gestern den Bundesrat auf, bei der Umsetzung des Gesetzes vorwärts zu machen. Pascal Couchepin erklärte, man beginne morgen mit der Arbeit. Wenn alles vor dem Jahr 2009 schon bereit sei, könne das Gesetz früher in Kraft treten. Bis zum Frühjahr 2007 will der Bund die Verordnung zum Gesetz erarbeiten; die Kantone brauchen anschliessend Zeit, um ihre Gesetze der Verordnung anzupassen.

Situation im MZ-Gebiet

Tritt das Familienzulagengesetz schliesslich in Kraft, erhalten arbeitnehmende Eltern in allen MZ-Kantonen höhere Zulagen: Zwischen 10 und 80 Franken mehr werden sie pro Kind und Monat künftig erhalten.

Im Kanton Aargau werden 30 Franken mehr für Kinder bis 16 Jahre ausbezahlt, für Jugendliche in Ausbildung (bis 25 Jahre) steigt die Zulage gar um 80 Franken an. Ähnlich ist die Situation im Kanton Basel-Stadt: Hier steigen die Zulagen ebenfalls um 30 respektive um 60 Franken an. Im Kanton Baselland verändert sich nur die Ausbildungszulage, die heute bei 210 Franken liegt. Sie wird um 40 Franken erhöht. Die Kantone Bern und Zürich unterscheiden heute zwischen Kindern unter und über 12 Jahren: Bis 12



PASCAL COUCHEPIN ist zufrieden. YOSHIKO KUSANO/KEY

Jahre gibt es in Bern 160 Franken (in Zürich 170), danach 190 Franken (in Zürich 195 Franken). Diese Unterscheidung ist künftig nicht mehr zulässig.

Familien in den Kantonen Bern und Zürich erhalten monatlich zwischen 30 (Kinderzulage) und 60 (Ausbildungszulage) Franken mehr. Im Kanton Solothurn schliesslich liegt die Kinderzulage heute bei 190 Franken. Sie wird Kindern bis 18 Jahre ausbezahlt. Ob der Kanton diese höhere Altersgrenze beibehält, bleibt ihm überlassen. Die Ausbildungszulage wird Solothurn um 60 Franken anheben müssen.

Baustelle Familienpolitik

Mit dieser Abstimmung ist das Thema Familienpolitik aber in Bern nicht vom Tisch. Noch bis ins Jahr 2010 läuft das Impulsprogramm für Kinderkrippen. Zwei parlamentarische Initiativen von Jacqueline Fehr (SP/ZH) und Lucrezia Meier-Schatz (CVP/SG) fordern zudem, Ergänzungsleistungen für Familien gemäss Tessiner Modell auf Bundesebene einzuführen und so Familienarmut zu bekämpfen. Die nationalrätliche Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit erarbeitet derzeit dazu Gesetzesgrundlagen, die anschliessend dem Parlament zur Beratung unterbreitet werden.

Calmy-Rey: «Ich bin sehr stolz auf das Volk»

Ostmilliarde Die Aussenministerin will nach einer weiteren Runde durchs Parlament Ende 2007 erste Gelder auszahlen

Aussenministerin Micheline Calmy-Rey wertet das Ja zur Kohäsionsmilliarde als Bestätigung des bilateralen Wegs. Anfragen für weitere Zahlungen lägen noch keine vor.

DANIEL FRIEDLI

Frau Bundesrätin, das Volk hat dem neuen Osthilfegesetz nur sehr knapp zugestimmt. Haben Sie lange gezittert?

Micheline Calmy-Rey: Ich würde das nicht so sagen. Ich war immer zuversichtlich, aber weil die Vorlage komplex war, sah ich, dass ich mich engagieren musste, um zu informieren. Die Schweiz hat eine lange Tradition von Volksabstimmungen. Das Volk weiss seine Interessen zu wahren und kann auch gut Vor- und Nachteile abwägen. Ich bin sehr stolz, dass die Schweizerinnen und Schweizer das getan haben. Das ist ein Sieg der Vernunft.

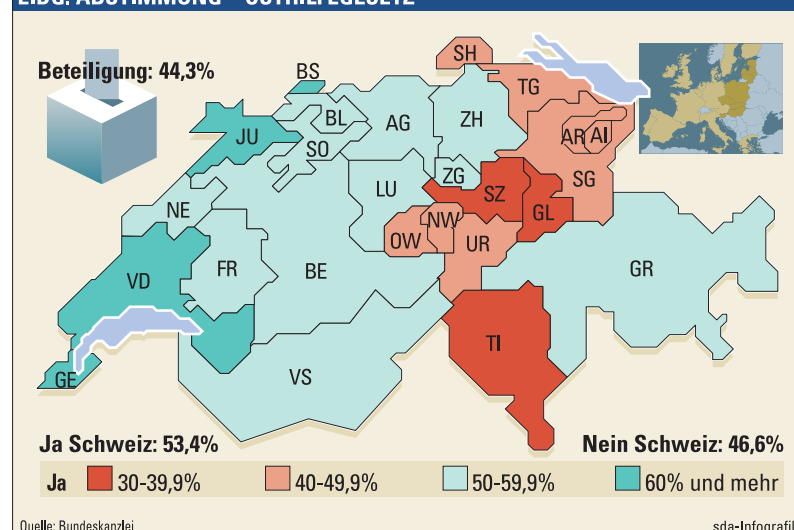
Wie werten Sie das Resultat?

Calmy-Rey: Es ist eine konsequente Unterstützung für den bilateralen Weg der Schweiz, den das Volk nun schon zum vierten Mal bestätigt hat. Es ist wichtig, dass sich die Schweiz als verlässlicher Partner präsentiert hat.

Das Ja ist aber bisher das knappste überhaupt bei einer bilateralen Vorlage. Wie erklären Sie sich das?

Calmy-Rey: Es war diesmal vielleicht ein bisschen schwieriger, weil es um viel Geld ging und weil die Schweizerinnen und Schweizer solche Fragen immer besonders ernst nehmen. Immerhin haben aber 53,4 Prozent der Stimmenden und die Mehrheit der Kantone zugestimmt. Ich finde, es ist ein gutes Resultat.

EIDG. ABSTIMMUNG – OSTHILFEGESETZ



Sehen Sie darin kein Zeichen, dass das Vertrauen in den bilateralen Weg schwindet?

Calmy-Rey: Nein, denn das sind komplexe Vorlagen. Sie verlangen, dass sich das Volk detailliert damit auseinandersetzt. Die Resultate sind kohärent.

Wann können nun die ersten Gelder fliessen?

Calmy-Rey: Das Osthilfegesetz allein erlaubt es uns noch nicht, auch nur einen Franken auszugeben. Wir brauchen dazu nochmals die Zustimmung des Parlaments. Deshalb erarbeiten wir nun zwei Rahmenkredite, einen für den Erweiterungsbeitrag an die neuen EU-Staaten und einen für die traditionelle Osthilfe. Sie sollen im kommenden Frühling ins Parlament kommen. Parallel dazu wird mit jedem der zehn EU-Empfängerländer ein bilaterales Abkommen ausgearbeitet. Erste Projekteingaben und -ver-

pflichtungen können voraussichtlich Ende 2007 erfolgen.

Als Nächstes stossen nun Ende Jahr Bulgarien und Rumänien zur EU. Wird die Schweiz auch für diese Länder einen Kohäsionsbeitrag leisten müssen?

Calmy-Rey: Bis jetzt haben wir dazu noch gar keine Anfrage erhalten. Der EU-Beitritt dieser beiden Länder eröffnet der Wirtschaft wieder neue Absatzchancen. Es wäre nur logisch, wenn die EU wieder auf die Schweiz zukommt. Vorerst geht es aber um die Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf Rumänien und Bulgarien. Darüber will die EU mit uns verhandeln.

Sie werden also nächsten Donnerstag bei Ihrem Besuch in Brüssel keine neuen Gelder versprechen?

Calmy-Rey: Sicher nicht. Ich habe nie etwas versprochen ohne einen Entscheid des Bundesrates.

Kommentar

Jetzt könnte es schnell gehen



KAREN SCHÄRER

Dieses deutliche Resultat hätten sich die Befürworter schweizweit einheitlicher Mindestansätze für Kinderzulagen nicht zu erträumen gewagt: 68 Prozent der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben das Familienzulagengesetz angenommen. Der Souverän teilt somit die Bedenken der Wirtschaft nicht, diese könne den prognostizierten durchschnittlichen Anstieg der Aufwendungen für die Finanzierung der Familienzulagen von 0,02 Lohnprozenten nicht verkraften. Und die Warnrufe von rechter Seite, viel Geld könnte unkontrolliert für nicht nachweisbare Kinder ins Ausland fliessen, sind auch nicht auf Gehör gestossen. Einzig im Kanton Appenzell Innerrhoden gewannen die Nein-Sager die Oberhand. Das heisst: Auch in den vier Kantonen, die bereits Regelungen kennen, welche dem Familienzulagengesetz entsprechen oder darüber hinausgehen, wurde das Gesetz angenommen. Dies zeugt weder zwingend von Solidarität mit den schlechter gestellten Mitbürgern, noch erstaunt es: Einerseits sind auch die Bürger in diesen Kantonen mobil, Eltern trennen sich, Ansprüche sind nicht mehr klar gere-

gelt. Das heisst, auch den Bürgerinnen und Bürgern dieser Kantone machen die heute unterschiedlichen Systeme der verschiedenen Kantone zu schaffen.

Andererseits darf das deutliche Resultat aus 25 Kantonen durchaus als Votum von fast 1,5 Millionen Stimmbürgern gedeutet werden, dass familienpolitisch Handlungsbedarf besteht: Schweizweit 200 Franken Kinderzulagen sind familienpolitisch gesehen nur ein kleiner Schritt. Denn damit ist noch nicht viel für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf getan.

Die in der Abstimmung unterlegene FDP befürchtet, wegen des Ja zum Familienzulagengesetz könnten «wichtigere familienpolitische Anliegen» verzögert oder gar abgelehnt werden. Diese Befürchtung dürfte unbegründet sein. Denn die Sieger haben gestern umgehend angekündigt, dass sie das Abstimmungsresultat als Auftrag deuten, sich im Bereich der Familienpolitik engagierter zu verhalten. Damit ziehen nun FDP, SP, CVP und Grüne am selben Strick: Sie haben gleiche Prioritäten gesetzt. Somit sollten nun Blockzeiten, Mittagstische und Tagesschulen eigentlich rasch und flächendeckend eingeführt werden können, oder?

karen.schaerer@azag.ch

«Schweiz ist jetzt erpressbar»

Reaktionen SVP-Exponenten enttäuscht, Auns-Präsident selbstkritisch

Die SVP-Nationalräte bemühten gestern das Bild vom «Fass ohne Boden».

CHRISTOPH BRUNNER

Seinen Humor hatte SVP-Präsident Ueli Maurer trotz des für seine Partei verloren gegangenen Urnengangs nicht verloren: «Ich ziehe in den Kanton Tessin um, dort ist die Welt noch in Ordnung», witzelte der in Wernetshausen im Zürcher Oberland wohnhafte Nationalrat gegenüber einem Tessiner Journalisten.

Maurer: «Bezahlen ohne Ende»

Ansonsten hatte er nichts zu lachen: «Die Schweiz wird in Zukunft ohne Ende bezahlen, aus dieser Falle werden wir nicht mehr herauskommen», malte Maurer gestern tief schwarz. Er bezeichnete das Resultat als etwas weniger schlecht als befürchtet, aber es sei nach wie vor ein Fehlentscheid. Es reichte nicht für ein Nein, weil die SVP wie fast immer allein gegen alle anderen antreten musste. Als Absage an den bilateralen Weg will Maurer seine Haltung nicht verstehen: «Es ging um eine finanzielle Frage, nicht um eine bilaterale.» Mit den bevorstehenden Beitritten von Bulgarien und Rumänien sowie dem Finanzierungsabschluss der EU im Jahr 2014 werde



UELI MAURER «Das Resultat ist ein Fehlentscheid.» STEFFEN SCHMIDT/KEYSTONE

die Schweiz dank dem Osthilfegesetz in den nächsten zehn Jahren zusätzliche drei bis fünf Milliarden Franken an die EU zahlen müssen, so Maurer.

Spuhler: «Grober Fehltritt»

Grundsätzlich wurde der Thurgauer SVP-Nationalrat Peter Spuhler, der als Inhaber der Firma Stadler Rail sehr erfolgreich in osteuropäischen Staaten geschäftet und sich gegen Mitbewerber aus Europa behauptet. «Es ist bedenklich, dass wir die Schleusen geöffnet haben – und das ohne jegliche Not», schüttelte

Spuhler den Kopf. Es sei immer das selbe traurige Lied: Kaum zeige sich ein finanzieller Silberstreifen am Horizont, würden die Einnahmen zulasten der nächsten Generation verpulvert. «Das Ja zur Ostmilliarde ohne die vollständige Kompensation im Bundesbudget ist ein grober finanzpolitischer Fehltritt», schimpfte Spuhler, der sogar den Vergleich mit unseren nördlichen Nachbarn bemühte: «Wir machen denselben Fehler wie die Deutschen vor zehn Jahren – den Ausbau des Sozialstaates auf Teufel komm raus.» Aber das Volk habe jetzt so entschieden, und das gelte es zu akzeptieren.

Schwander: «Zu wenig präsent»

Selbstkritik übte der Präsident der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (Auns), der Schwyzer SVP-Nationalrat Pirmin Schwander. Man habe zu wenige Veranstaltungen und Standaktionen durchgeführt, so Schwander, und kündigte an, dass die Auns-Spitze in Zukunft mehr Präsenz markieren werde. Man werde jetzt ganz genau hinschauen, dass der EU nicht mehr Geld als eine Milliarde Franken gezahlt werde – Schwander selbst glaubt jedoch nicht daran. Sein Fazit ist vernichtend: «Mit diesem Ja ist die Schweiz erpressbar geworden.»

Kommentar

Eine solide knappe Mehrheit



PETER BURI

Die Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben vor sechs Jahren mit einer komfortablen Zweidrittelmehrheit Ja zu den bilateralen Abkommen mit der EU gesagt. Seither ist der Grundsatzentscheid, das politische und vor allem das wirtschaftliche Verhältnis zu unserem grössten und wichtigsten Partner auf der Basis von Vertragspaketen zu regeln, mehrfach an der Urne angefochten – und jeweils mit relativ dünner Mehrheit bestätigt worden. Das Ja zum Osthilfegesetz reiht sich mit 53,4 Prozent nahtlos in die Tradition der knappen Europa-Resultate ein (Schengen/Dublin 54,6 Prozent Ja; Personenfreizügigkeit 56 Prozent). Die engen Verdikte geben Gegnern und Befürwortern sowie der SVP, die je nach parteipolitischen Kalkül hin und her schwankt, Interpretationsspielraum. Die Verlierer weisen darauf hin, dass die Europapolitik der Schweiz nach wie vor auf wackligen Beinen stehe und die Hälfte der Bevölkerung lieber Distanz als Annäherung wolle. Und die Gewinner freuen sich über die mehrfach an der Urne bestätigte Legitimation des eingeschlagenen bilateralen Weges. Zu Recht. Auch diesmal gilt es zwar die eindrückliche Mobilisierungskraft der Europa-Gegner zu würdigen, die gegen die drei Bundesratsparteien FDP, SP und CVP sowie die ganze Wirtschaft anzufechten hatten. Es gibt aber auch nichts daran zu deuten, dass die um die Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (Auns) gruppierten isolationistischen, national-konservativen Kräfte innerhalb von anderthalb Jahren die dritte Europa-Niederlage erlitten haben. Verloren ist verloren. Dies gilt auch für die SVP, die diesmal nicht selber das Referendum ergriffen, jedoch im Abstimmungskampf engagiert Schützenhilfe geleistet hatte. Sie ist eine der ganz grossen Verliererinnen des Wochenendes. Obwohl es «nur» um die freiwillige Unterstützung von Entwicklungs- und Stabilisierungsprojekten in Osteuropa ging, wird diese Niederlage über den 26. November 2006 hinaus grundsätzlich nachwirken. Die SVP hat mit ihrer parteipolitisch und wahltaktisch motivierten Opposition gegen die Ostmilliarde und andere «Öffnungsthemen» unfreiwillig mitgeholfen, einen europapolitischen Standard zu etablieren und zu festigen: Jeder Abstimmungsniederlage, mag sie auch noch so dünn ausfallen, steht eine knappe Mehrheit gegenüber, die von Mal zu Mal solider wird. peter.buri@azag.ch



FREUEN SICH ÜBER DEN SIEG Die Bundesrätinnen Micheline Calmy-Rey und Doris Leuthard. PASCAL LAUENER/REUTERS

OSTHILFEGESETZ

Kantone	Ja	Nein	Ja%
Zürich	218 475	165 016	56,97
Bern	157 972	127 865	55,27
Luzern	57 701	52 415	52,40
Uri	4 102	5 330	43,49
Schwyz	17 537	27 780	38,70
Obwalden	4 525	5 925	43,30
Nidwalden	5 485	7 051	43,75
Glarus	3 650	6 652	35,43
Zug	17 526	14 111	55,40
Freiburg	43 756	34 614	55,83
Solothurn	42 613	40 239	51,43
Basel-Stadt	33 490	21 904	60,46
Baselland	41 684	32 301	56,34
Schaffhausen	13 097	15 519	45,77
Appenz. A.Rh.	8 289	8 794	48,52
Appenz. I.Rh.	1 708	2 457	41,01
St. Gallen	57 564	65 979	46,59
Graubünden	23 987	21 337	52,92
Aargau	75 995	75 545	50,15
Thurgau	27 155	35 497	43,34
Tessin	32 719	55 526	37,08
Vaud	114 299	71 711	61,45
Wallis	45 330	42 648	51,52
Neuenburg	30 367	21 307	58,77
Genève	67 553	44 854	60,10
Jura	11 863	7 878	60,09
Schweiz	1 158 442	1 010 255	53,42

Was werden Sie denn in Brüssel diskutieren?

Calmy-Rey: Sicher zuerst das Ergebnis der Volksabstimmung. Ich kann jetzt mit der Rückendeckung des Volkes abreisen. Und dann natürlich auch, wie wir zusammen weiterarbeiten.

Wie geht es denn in der Europapolitik allgemein weiter?

Calmy-Rey: Wir wollen auf unserem bisherigen Weg weiterarbeiten. Als Nächstes stehen unter anderem Verhandlungen im Elektrizitätsbereich

an. Ich hoffe auch, dass die EU-Länder nun die Abkommen von Schengen und Dublin ratifizieren, sodass sie in der ersten Hälfte 2007 in Kraft treten und 2008 umgesetzt werden können. Der bilaterale Weg bleibt ein attraktiver Weg für uns. Er bleibt aber auch ein schwieriger Weg.

Planen Sie nun einen Rahmenvertrag, um den bilateralen Weg besser abzusichern?

Calmy-Rey: Unsere Experten sind noch daran, das zu prüfen. Es gibt einige gute Gründe dafür. Es ist viel-

leicht eine Möglichkeit, um die Zusammenarbeit zu vereinfachen.

Die SVP hat nun in kurzer Zeit drei Europaabstimmungen verloren. Erwarten Sie weiter Widerstand?

Calmy-Rey: Die SVP sagt immer, sie sei für den bilateralen Weg, aber in der Praxis stimmt sie dann ebenso konsequent dagegen. Ich bin mir den Widerstand mittlerweile gewohnt. Eigentlich müsste ich der SVP ja sogar dankbar sein. Denn dank ihr kann ich immer wieder die Aussenpolitik der Schweiz erklären.

«Wir haben eine Modernisierungskrise»

Gespaltenes Land Regula Stämpfli ist froh über das Ja, sieht die Probleme des Landes aber nicht gelöst

Auch Brüssel sei glücklich über das Ja zum Osthilfegesetz, sagt die in Brüssel «teildomilierte» Politologin Regula Stämpfli. Der Schweiz prophezeit sie ein hektisches Wahljahr 2007.

HANS FAHLRLÄNDER

Regula Stämpfli, die dritte europapolitische Abstimmung innert anderthalb Jahren ist etwas knapper ausgegangen als die ersten zwei. Zufall? **Regula Stämpfli:** Nein. Es war eine ganz schwierige Vorlage diesmal. Das Voraus-Versprechen des Bundesrates, man werde diese Milliarde dann schon zahlen, ist beim Volk nicht gut angekommen. Die Skepsis gegenüber dem Bundesrat ist eher noch grösser geworden. Die SVP hat dieses Unbehagen geschickt aufgenommen.

Ist die SVP Siegerin, weil sie fast im Alleingang 47% Nein-Stimmen mobilisiert hat – oder Verliererin, weil sie seit dem EWR-Nein mit Ausnahme der Blauhelm-Vorlage in sämtlichen ausserpolitischen Vorlagen unterlag? **Stämpfli:** Sowohl als auch. Sie hat wiederum einen Achtungserfolg erzielt. Sie ist jedenfalls alles andere als geknickt. Wir werden bald wieder von ihr hören. Die anderen Parteien müssen sich warm anziehen im Wahljahr!

Die SVP-Kampagne war weniger aggressiv als die letzten Male.

Stämpfli: Ja. Sie hat gemerkt, dass es nicht gut ist, wenn sie über den Stil angreifbar ist. Aber es hat sich erneut bestätigt: Die SVP ist kommunikativ, in der Themensetzung ganz stark. Das macht ihr zurzeit niemand nach.

Stichwort Wahljahr. Die Mitteparteien haben erneut gewonnen. Werden sie den Schwung ausnützen können?

Stämpfli: FDP und CVP sind in der Tat das Zünglein an der Waage der Macht. Mal kooperieren sie mit der SVP und landen einen Sieg, wie vor 2 Monaten beim Ausländergesetz, mal mit der SP und gewinnen wieder, wie gestern. Doch um die Polarisierung aufzuknacken, sind sie zu schwach. Auch im Oktober 2007 werden deshalb die Parteien an den Polen dominieren.

Zurück zum Osthilfegesetz. Wie hat man das Ergebnis bei der EU in Brüssel aufgenommen?

Stämpfli: Man ist sehr froh darum. Die EU hat ja zurzeit nicht wenige Probleme zu wälzen. Endlich wieder einmal eine gute Nachricht!

Und in Bezug auf das Verhältnis zur Schweiz?

Stämpfli: Ein Nein hätte jenen Auftrieb gegeben, die sagen: Die Schwei-

zer sind unzuverlässige Partner. Und Rosinenpicker. Es wäre ein ganz schlechtes Zeichen gewesen.

Keht in der Schweiz jetzt Ruhe ein an der europapolitischen Front?

Stämpfli: Der bilaterale Weg hat erneut eine Bestätigung erhalten. Der Bundesrat hat allen Grund, seinen pragmatisch-optimistischen Integrations-Kurs weiterzuführen. Der EU-Beitritt ist aber durch das gestrige Ergebnis nicht näher gerutscht. Und die Ruhe dauert wohl nicht sehr lange.

Sie meinen, wenn Rumänien und Bulgarien EU-Länder werden und wieder Zahlungen anstehen?

Stämpfli: Ja. Spätestens dann wird man wieder von der SVP hören. Wie gesagt: Sie gibt nicht auf!

Werfen wir noch einen Blick auf die Schweizer Abstimmungskarte. Es sieht alles aus wie gehabt. Nein sagen die kleinen, ländlichen Inner- und Ostschweizer Kantone und das Tessin, Ja sagen die Romands und die urbanen Regionen. Ein gespaltenes Land. Nichts bewegt sich.

Stämpfli: In der Tat, der neue «Rösti-Graben» verläuft zwischen Stadt und Land. Das Ganze erinnert ein wenig an Amerika. Die ländlichen Gebiete im Landesinnern haben Bush gewählt,

die grossstädtischen Regionen an den Küsten lehnen ihn ab. Das kann ein Land schon blockieren.

Sie orten diesbezüglich auch bei uns ein tieferliegendes Problem?

Stämpfli: Ja. Für mich ist es eine Modernisierungskrise. Es gelingt den bürgerlichen und linken Eliten in den Städten und Agglomerationen nicht, die ländliche Bevölkerung für die Modernisierung zu gewinnen. Diese ländliche Bevölkerung, besonders stark die Bauern, erleben die Modernisierung, die Öffnung, die Globalisierung als feindlich, man will ihnen etwas wegnehmen, und dagegen sträuben sie sich. Dieses Auseinanderfallen von Stadt und Land ist demokratiepolitisch nicht unproblematisch. Bundesrat und Parlament tun gut daran, sich dieses Grundsatzproblems anzunehmen. Die wirtschaftliche, technologische, gesellschaftliche Modernisierung in diesem Land schreitet voran. Der politische Modernisierungszug aber ist nach wie vor eine Postkutsche.



REGULA STÄMPFLI

lebt in Worblaufen und Brüssel. Sie ist Politologin, Dozentin, Buchautorin und MZ-Kolumnistin.

EU freut sich über die Schweiz

Brüssel «Eine Bestätigung des bilateralen Weges»

Die bilateralen Beziehungen können nun weiter vertieft werden: Die EU-Kommission und Vertreter der Empfängerstaaten begrüssen das Abstimmungsergebnis.

Er freue sich über die positive Entscheidung der Schweizer Bürger, die auch in ihrem eigenen Interesse sei, erklärte EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso. EU-Aussenkommissarin Benita Ferrero-Waldner ergänzte, der Abstimmungsausgang sei «eine Bestätigung des bilateralen Weges und die Basis für die zukünftige Weiterentwicklung der Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU».

Erfreut äusserten sich auch Vertreter von Polen und Ungarn, die zusammen mit den acht weiteren neuen EU-Staaten von der Kohäsionsmilliarde profitieren werden. «Wenn man zusammen Handel treiben will, muss man Vertrauen in seine Partner haben können», erklärte der polnische Botschafter in der Schweiz, Janusz Niesyto. Auch sein ungarischer Kollege Jenő Boros begrüsst den «sehr wichtigen» Entscheid, wie er sagte. Das investierte Geld sichere neue Perspektiven für die Schweizer Wirtschaft in Ungarn, fügte er an.

Beide Diplomaten betonten, die Verhandlungen über die konkrete Verwendung des Geldes müssten nun rasch beginnen. Polen wird mit 489 Millionen Franken den grössten Anteil der Schweizer Kohäsionsmilliarde erhalten. (SDA)